

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen betreffend KZ-Gedenkstättenbesuche im Rahmen der Werte- und Orientierungskurse

Der zweite Weltkrieg, die Judenverfolgung und die grausamen Taten, die sich in Konzentrationslagern in Österreich und im Ausland zugetragen haben, sind ein wichtiger Teil der österreichischen Geschichte und ein Mahnmal. Die Lektion, dass antisemitischer, homophober und antiziganistischer Hass nie wieder Einzug in unsere Gesellschaft halten darf, ist heute aktueller denn je. Antisemitische Ideen verbreiten sich online und über Mundpropaganda; antisemitische Vorfälle nehmen zu. Mit jedem Jahr rücken die Ereignisse weiter in die Vergangenheit und gibt es weniger Zeitzeugen, die aus erster Hand berichten können. Gedenkstätten und besonders KZ-Gedenkstätten wie Mauthausen kommt darum eine stets wichtigere Rolle zu. Ein Besuch in einer KZ-Gedenkstätte macht die Gräueltaten der Jugendverfolgung begreifbar.

Im Bildungssystem ist dieser Teil der Zeitgeschichte bereits gut integriert. Neben Schülerinnen und Schülern gibt es allerdings eine weitere Zielgruppe, für die eine aktive Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit wichtig wäre - neu Zugewanderte. Gerade im Arabischen Raum und unter Muslim:innen ist Abwertung gegenüber Juden und Jüdinnen nicht ungewöhnlich, gerade im Kontext von Israel als "Feind aller Muslime". Auch Homosexualität wird durch diese Gruppe oft kritischer gesehen als in der Gesamtbevölkerung (1). Neben der bereits bestehenden Aufklärungsarbeit im Rahmen der Werte- und Orientierungskurse für Asylberechtigte wäre es darum hilfreich, Besuche von KZ-Gedenkstätten in das Curriculum der WOK zu integrieren.

(1) Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen bei jungen Menschen mit muslimischer Prägung in Wien (think.difference, SORA):
https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2019_SORA_ThinkDifference_ExecSum.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, wird aufgefordert, im Rahmen der Werte- und Orientierungskurse für Asylberechtigte KZ-Gedenkstättenbesuche verpflichtend zu stellen und diese entsprechend zu finanzieren. Die Gedenkstättenbesuche sollen zusätzlich zu den zurzeit gelehrteten Inhalten angeboten werden."

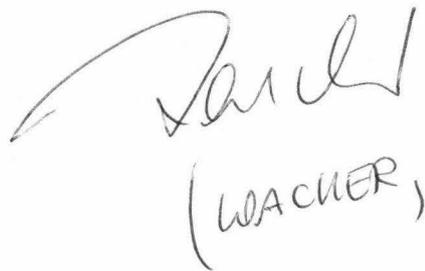
In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.


(MARGARETA)


(METZ)


(WENZEL)


Bandstokker


(WACHNER)

